

Bärbel Dieckmann

Bürgergesellschaft mit solidarischer Verantwortungsteilung

Stellungnahme der SPD



Um die hier angeführten Positionen zu den Eckpunkten des vhw besser einordnen zu können, sei einleitend auf drei wesentliche gesellschaftliche Trends hingewiesen, zu denen Politik Stellung nehmen muss. Da sind zum einen die Schlagworte „Globalisierung, Finanzmarktkrise, Wirtschaftsstruktureller Wandel“: Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise werden die Folgen der Globalisierung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen in besonderer Weise deutlich. Wir erleben derzeit eine der größten Wirtschaftskrisen der Geschichte, deren Konsequenzen für einzelne Wirtschaftssektoren, Unternehmen und Arbeitsplätze regional sehr unterschiedlich zur Wirkung kommen werden.

Diese Prozesse überlagern die allgemeinen Tendenzen der Entwicklung einer industriellen Gesellschaft mit einem wirtschaftsstrukturellen Wandel, der in Deutschland die Bedeutung ständiger Innovationsfähigkeit und damit hoch qualifizierter Arbeit besonders betont. In dieser Situation müssen alle Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, genutzt werden. Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft wird in seinen sozialen Sicherungssystemen und seinen regionalen Ausgleichssystemen in besonderer Weise gefordert werden.

Demografischer Wandel zu einer internationaleren und alternden Gesellschaft

Die Bevölkerungsentwicklung weist darauf hin, dass die unterschiedliche räumliche Entwicklung der Bevölkerung vor allem durch die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Regionen verursacht ist. Selbst Erhöhungen der Geburtenrate werden nichts an der Tatsache einer älter werdenden Gesellschaft mit einer höheren Lebenserwartung und Reduzierung des Erwerbspersonenpotenzials ändern. Wir leben in einer Einwanderungsgesellschaft, in der immer weiter ausdifferenzierte Einwanderermilieus unsere Gesellschaft bereichern. Dabei wird sich auch die demografische Entwicklung in den verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich gestalten. Wir müssen uns mit den daraus resultierenden wachsenden Integrationsanforderungen ausdifferenzierter Milieus auseinandersetzen.

Wertewandel: Individuelle Emanzipation fortsetzen und neuen sozialen Zusammenhalt schaffen

Das Zusammenleben ist in hohem Maße von Milieuzugehö-

rigkeiten bestimmt, die sich vielfach stärker über Werteorientierungen definieren als über rein sozioökonomische Merkmale. Der Wertewandel in der demokratischen Gesellschaft ist durch einen lang anhaltenden Emanzipationsprozess der Individuen von gesellschaftlichen Zwängen geprägt. Freiheit als Gleichberechtigung in der Lebensformenvielfalt und Lebensformenwahl bedarf einer Verbindung mit der Übernahme gesellschaftlicher und sozialer Verantwortung. Eine sich ausdifferenzierende Gesellschaft braucht neue Formen sozialen Engagements, um sozialen Zusammenhalt zu stiften.

Zu Eckpunkt 1 des vhw:

Vor dem Hintergrund der angeführten Trends brauchen wir einen leistungsfähigen und **handlungsfähigen Staat**, der die großen Leistungssysteme der Sozialversicherungen intakt halten kann. Für die SPD ist dabei der Umbau der sozialen Sicherung zu einer Bürgerversicherung aller für alle das Leitprinzip.

Wir wollen darüber hinaus einen **vorsorgenden Sozialstaat** aufbauen, der dort ansetzt, wo die Probleme beginnen: Prävention statt Nachsorge und Mängelverwaltung. Wir wollen Antworten geben auf die wachsenden Fliehkräfte unserer Gesellschaft, auf die sich öffnende soziale Schere, auf das Bedürfnis nach stärkerem sozialem Zusammenhalt.

Daher brauchen wir eine Form des Politikverständnisses, bei der staatliches Handeln und Eigenverantwortung sowie Engagement der Bürgerinnen und Bürger ineinandergreifen und sich gegenseitig ergänzen. Nicht der Staat sorgt für den Bürger und kann alles regeln. Wir brauchen eine Bürgergesellschaft, in der Menschen füreinander stehen, in Vereinen, Verbänden, Initiativen und Freiwilligendiensten mit einer solidarischen Ver-



antwortungsteilung. Wir treten für einen **kooperativen und aktivierenden Staat** ein.

„Soziale Stadt“ ist für die SPD mehr als das durchaus gute Programm „Soziale Stadt“ im Rahmen der Städtebauförderung, sondern ein Neuentwurf für eine solidarische Stadtgesellschaft mit einem veränderten Verwaltungshandeln im Zusammenspiel mit vielfältigen Initiativen und Kräften der Bürgerinnen und Bürger. So heißt es im Grundsatzprogramm der SPD:

„Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten, ist die Aufgabe einer sozialen Stadtpolitik. Leitbild unserer Politik ist die solidarische Stadt, die alle Bewohnerinnen und Bewohner zu gestaltender Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben einlädt. ... Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den sozialen Zusammenhalt in Städten und Quartieren zu verbessern.“ (Hamburger Programm der SPD, November 2007)

Die fachliche, räumliche und zeitliche Integration öffentlicher und privater Aktivitäten mit einer stärkeren Einbindung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil ist die zentrale Aufgabe einer integrativen Stadtentwicklungspolitik der sozialen Stadt.

Zu Eckpunkt 2 des vhw:

Eine Politik, die auf Eigenverantwortung und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger setzt, muss sich auch dazu verpflichten, die notwendige Hilfe zur Selbsthilfe, das Fordern und Fördern zu praktizieren. In einem vorsorgenden Sozialstaat kommt hierbei der Frage der Bildung die zentrale Rolle zu. So heißt es im Entwurf des Regierungsprogramms der SPD:

„Bildung ist für die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Menschen unersetzlich. Sie gibt Orientierung, um sich in einer immer komplexer werdenden Welt zurechtzufinden und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Allgemeine, politische und kulturelle Bildung vermittelt den Menschen Grundorientierungen und Kompetenzen. Dies macht es ihnen möglich, den politischen und gesellschaftlichen Wandel in unserer Gesellschaft aktiv mitgestalten zu können.“ (Entwurf des Regierungsprogramms der SPD 2009)

Um soziale Integration zu fördern, brauchen wir deshalb eine Qualitätsoffensive in unserem Bildungssystem. Wir brauchen regionale Bildungslandschaften von der frühkindlichen Erziehung und Bildung über Ganztagschulen im Stadtteil bis zu weiterführenden Schulen, die sicherstellen, dass kein Jugendlicher ohne Schulabschluss bleibt. Jeder braucht eine Chance am Arbeitsmarkt.

Frühkindliche Erziehung und Bildung, das Erlernen der deutschen Sprache, der gleitende Übergang in die Ganztagschule, gemeinsames längeres und an den Begabungen der Kinder orientiertes Lernen, die Inklusion behinderter und benachtei-

ligter Menschen sind wichtige Merkmale eines verbesserten Bildungssystems. Dazu müssen Kommunen und Länder besser zusammenwirken.

Zu Eckpunkt 3 des vhw:

Städte und Gemeinden sind die Orte, wo konkretes Handeln von Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mit der Verwaltung und Politik entschieden wird. Damit wir die Ziele erreichen können, die im Leitbild der Sozialen Stadt enthalten und mit dem Anspruch einer Bildungsoffensive verbunden sind, müssen wir zwischen den politischen Ebenen von Europa, Bund, Ländern und den Kommunen aufhören, zuvorderst über Zuständigkeitsregelungen und Finanzfragen zu debattieren. Die SPD will eine neue Kooperationskultur zwischen den Ebenen und den Fachressorts! Deshalb heißt es in unserem Regierungsprogramm:

„Wir wollen, dass die staatlichen Ebenen zusammenwirken, um allen Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Kooperation und gleichwertige Lebensverhältnisse sind Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft und hohe Lebensqualität.“ (Entwurf des Regierungsprogramms der SPD 2009)

Bärbel Dieckmann

Mitglied im Präsidium der SPD, Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn

Fordern Sie das vhw-Verlagsprogramm an

vhw-Verlags GmbH
Neefestraße 2a, 53115 Bonn
Telefon: 0228/72599-30
Telefax: 0228/72599-19
E-Mail: verlag@vhw-online.de

